

UN-Mission in Mali verlängert – aber die Herausforderungen nehmen zu

Ulf Laessing

Der UN-Sicherheitsrat hat beschlossen, den Blauhelm-Einsatz in Mali um ein weiteres Jahr zu verlängern. Dies gibt Klarheit für die Bundeswehr, die seit 2013 im Rahmen der UN-Mission „MINUSMA“ versucht, Nordmali zu stabilisieren. Mali kündigte zeitgleich an, die Bewegungsfreiheit der Mission zu beschränken. Probleme mit Bamako sind damit vorprogrammiert.

Das Mandat der Mission bleibt weitgehend unverändert, den von Dschihadisten heimgesuchten Norden und das Zentrum des Landes zu stabilisieren. Zukünftig sollen die UN-Blauhelme jedoch stärker Menschenrechtsverletzungen dokumentieren – seit der Stationierung von russischen Militärs und Söldnern häufen sich die Berichte von Menschenrechtsorganisationen über Massaker. Malis Vertreter im UN-Sicherheitsrat kündigte umgehend Widerstand an – sein Land werde „MINUSMA“ keine Bewegungsfreiheit geben, um Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen. Dies sei Aufgabe der Regierung.

Bis zuletzt war unklar, ob Malis Hauptverbündeter Russland sein Vetorecht im Sicherheitsrat gebrauchen würde, um die Mission zu stoppen oder ihr Mandat abzuschwächen. Russland wie China enthielten sich, um ihre Ablehnung eines stärkeren Fokus der Mission auf Menschenrechtsverletzungen zu zeigen.

Trotz der Erneuerung des Mandats dürften die Herausforderungen für die Mission zunehmen. Frankreichs Abzug schwächt „MINUSMA“, weil die französische Armee nicht nur Soldatinnen und Soldaten, sondern auch Kampfhubschrauber abzieht. Diese hatten Angriffe von Terroristen abgewehrt. Erst im Januar wurde der französische Teil des Camps in Gao, wo auch die Bundeswehr stationiert ist, von Terroristen beschossen. Die

Hubschrauber waren schnell in der Luft, um die Angreifer zu bekämpfen.

Schrumpfende Handlungsfähigkeit der „MINUSMA“

Bis Mitte August soll der französische Abzug beendet sein – die Folgen sind bereits jetzt spürbar: Die Zahl der getöteten UN-Blauhelme ist gestiegen. Der Verfolgungsdruck der Franzosen hat nachgelassen, sodass sich Dschihadisten freier bewegen können. Der Islamische Staat hat zudem im Frühjahr eine Offensive östlich von Gao begonnen.

Neben der Sicherheitslage kämpft die „MINUSMA“ mit Einschränkungen, die Mali selbst erlassen hat, seitdem russische Militärs und Wagner-Söldner im Land stationiert wurden. Das Zentrum Malis, wo die Regierung mit russischer Unterstützung Dschihadisten bekämpft, ist mittlerweile für UN-Flüge gesperrt. Selbst Landpatrouillen können dort in einigen Regionen nur nach Genehmigung operieren. Der vom malischen UN-Vertreter verwendete Begriff „Untersuchungen“ kann für Beschränkungen der „MINUSMA“ außerdem recht weit gefasst werden – die Bundeswehr etwa setzt ebenfalls Drohnen zur Luftaufklärung ein. Deren Nutzung wurde schon seit Januar eingeschränkt.

Unsichere Zukunft für Camp Gao

Der UN-Beschluss regelt außerdem nicht, wer künftig den Flughafen in Gao betreiben soll, wo die Bundeswehr mit Tausenden Blauhelmen stationiert ist. Das könnte für „MINUSMA“ zusätzlich problematisch werden. Bislang lag dies in der Verantwortung der Franzosen, die einen ungehinderten Betrieb sicherstellten. Nun befürchten die westlichen Partner, dass Mali den Flughafen selbst verwalten wird. Mehr noch: russische Soldaten könnten nach dem Abzug der Franzosen in deren Camp einziehen. Dies hat Russland bereits bei fast allen von den Franzosen geräumten Kasernen getan. Wo immer russische Akteure auftauchten, beschloss Mali umgehend Sperrzonen oder verlangte Genehmigungen, zum Beispiel für Flüge oder die Drohnenaufklärung der „MINUSMA“. Dieses Szenario könnte auch am Flughafen Gao drohen.

Sollte das russische Militär tatsächlich ihr Lager in Gao aufschlagen, dürfte dies das UN-Sicherheitskonzept und das der Bundeswehr infrage stellen. Die Bundeswehr fliegt zusätzliche Soldaten ein, um das ehemals französische Camp in Gao abzusichern – in Zusammenarbeit mit den Russen wäre dieses Vorgehen nicht denkbar.

„MINUSMA“ und Bundeswehr auf dem Präsentierteller?

Westliche Diplomaten beobachten mit Sorge, dass in den Sozialen Medien – angefeuert von russischen Trollen – nach Frankreich auch die „MINUSMA“ verstärkt in die Kritik gerät. Der UN-Einsatz wird in Mali immer wieder als wenig effizient kritisiert, im Gegensatz zur russischen Militärhilfe.

Es ist zu befürchten, dass nach dem Abzug der Franzosen auch die Bundeswehr stärker in den Fokus der Kritik gerät. Deutschland ist mit der geplanten Aufstockung auf bis zu 1.400 Soldatinnen und Soldaten der mit Abstand größte westliche Truppensteller der „MINUSMA“-Mission und damit deutlich sichtbarer.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Ulf Laessing

Leiter Regionalbüro Sahel, Bamako
Europäische und Internationale Zusammenarbeit

ulf.laessing@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.